



Wahlprüfsteine

zur Landtagswahl 2021

Der Landesseniorenrat Baden-Württemberg e.V. hat seine Wahlprüfsteine an alle im Landtag vertretenen Parteien verschickt.

Die Antworten von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg finden Sie im folgenden Dokument.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN



Landesseniorenrat
Baden-Württemberg e.V.

Inhalt

Starkes Land durch Teilhabe und Engagement	1
Wie wird Ihre Partei künftig diese Bereiche weiter stärken und untereinander vernetzen?	1
Armut und Einsamkeit gehen oft Hand in Hand	1
Welche präventiven und strategischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut plant Ihre Partei?.....	1
Welche Maßnahmen wird Ihre Partei gegen die Ausgrenzung/Vereinsamung als Folge der Altersarmut ergreifen?	1
Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um Menschen mit Pflegebedarf in den jeweiligen Versorgungsstrukturen zu unterstützen? Wie muss sich dazu die Pflegeversicherung finanziell und strukturell weiterentwickeln, damit Altersarmut bei Menschen mit Pflegebedarf und bei pflegenden Angehörigen begrenzt werden kann?.....	3
Wie wird Ihre Partei die häusliche und familiäre Pflegeleistung durch An- und Zugehörige anerkennen und damit einen Betrag zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit leisten?	3
Wohnraum – bedarfsgerecht, barrierefrei und bezahlbar	6
Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um die Förderung von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum zu unterstützen?	6
Welche Anreize schlägt Ihre Partei vor, um den Bestandsimmobilienmarkt entsprechend der Bedürfnisse älterer und eingeschränkter Menschen so anzupassen, dass sie möglichst lange und mit der größtmöglichen Selbständigkeit zu Hause wohnen bleiben können?	7
Welche Anreize plant Ihre Partei für die Ausweitung alternativer Wohnformen zur Ergänzung des Wohnens zu Hause, des Wohnens mit Service und der Pflegeheime?.....	7
Wie plant Ihre Partei die weitere Ausgestaltung der dafür notwendigen Beratungsstruktur und deren Finanzierung?.....	8
Maßnahmen für Gesundheit, Pflege und Prävention	8
Wie wird Ihre Partei konkret auf Landesebene aktiv, damit ältere Menschen in ihrem gewohnten Lebensumfeld in Würde und Selbstbestimmung ihr Leben gestalten können?	8
Welche Ideen bringt Ihre Partei ein, um die Pflegeberatung vor Ort besser zu vernetzen und zu den Menschen zu bringen?	9
Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Kranken- und Pflegeversicherung solidarisch und nachhaltig zu gestalten?	10
Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den Rahmen für den Ausbau der Versorgung im Bereich der Palliativmedizin und Palliativpflege sowie zur Förderung der Hospizkultur so zu ändern, dass die Unterschiede aufgehoben werden?.....	10
Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei zur Realisierung von nachhaltigen Versorgungskompetenzen in diesem Bereich vor?.....	10
Wie kann sich Ihre Partei ein Zusammenspiel zwischen analogen Arztbesuchen und den digitalen Angeboten vorstellen? Wie will Ihre Partei die Teilhabe der Menschen erreichen, die aufgrund besonderer Umstände Probleme haben, mit technischen Medien umzugehen?	11
Was wird Ihre Partei unternehmen, damit die Situation in der Pflege positiv verändert wird, das Berufsbild eine Aufwertung erhält und junge Menschen begeistert?.....	12

Mobilität und Klimaschutz – beides drängt13

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Mobilität im Sinne des Klimaschutzes zu erhalten und attraktiv zu gestalten?..... 13

Wie wird Ihre Partei den öffentlichen Bereich und die Nahversorgung für Fußgänger gestalten, damit die sich gut zurechtfinden und eine Nahversorgung vielen zugänglich ist? 14

Wie steht Ihre Partei zu dem Thema Barrierefreiheit im öffentlichen Raum? 14

Teilhabe - im Zeitalter der Digitalisierung15

Wie will Ihre Partei Seniorinnen und Senioren bei dieser Entwicklung mitnehmen?..... 15

Was können wir gemeinsam dafür tun? 15

i **Starkes Land durch Teilhabe und Engagement**

Baden-Württemberg ist eines der Bundesländer, in denen das bürgerschaftliche Engagement durch fast alle Altersgruppen hindurch stark ausgeprägt ist. Viele Angebote im sozialen Bereich ergänzen die bestehenden professionellen Dienstleistungen und stellen damit einen wichtigen Teil der Versorgungslandschaft vor Ort dar. Gerade für Ältere ist das Gefühl „noch gebraucht zu werden“ sehr wichtig. Daher befürworten wir eine stärkere Wertschätzung und Förderung von Menschen, die sich freiwillig für die Gesellschaft engagieren.

? *Wie wird Ihre Partei künftig diese Bereiche weiter stärken und untereinander vernetzen?*

In Baden-Württemberg wird bürgerschaftliches Engagement großgeschrieben. Fast jede*r zweite engagiert sich freiwillig. Besonders ältere Menschen sind heute so aktiv wie nie zuvor. Sie engagieren sich in Vereinen, Nachbarschaftshilfen oder in Mehrgenerationenhäusern. Und sie sind in der Familienarbeit unersetzlich.

Wir Grüne fördern und stärken ehrenamtliches Engagement. Mit der Engagementstrategie Baden-Württemberg hat die grün-geführte Landesregierung eine Strategie zur Stärkung der Bürgergesellschaft auf den Weg gebracht. Wir Grüne wollen erreichen, dass sich alle Menschen engagieren können – unabhängig von Alter, Herkunft, einer Behinderung, Einkommen, Bildung, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung.

Wir wollen noch mehr Menschen für das Ehrenamt begeistern und das bürgerschaftliche Engagement noch besser würdigen. Dafür werden wir eine Ehrenamtsoffensive starten. Denn das Ehrenamt braucht gute Rahmenbedingungen. Wir werden unnötige bürokratische Hürden abbauen und die Vernetzung der Ehrenamtlichen stärken, um den Austausch von Wissen und Erfahrung zu verbessern. Wir möchten mehr Weiterbildungsmöglichkeiten für Engagierte schaffen und zudem eine Ehrenamtskarte einführen. Im Bund werden wir uns außerdem für eine höhere steuerfreie Aufwandspauschale einsetzen.

Wir Grüne stehen zu Mitbestimmung und Mitwirkung von Senior*innen auf allen Ebenen. Die aktive Selbstvertretung und die Mitwirkung der Senior*innen an (gesetzlichen) Belangen, die sie direkt betreffen, sind uns wichtige Anliegen. Auf Landesebene sind Senior*innen schon jetzt an den klassischen Anhörungserfahren bei Gesetzesvorhaben beteiligt, die ihre Lebenswelt betreffen. Die Kommunen handhaben die Beteiligung von Senior*innen bisher allerdings sehr unterschiedlich. Wir unterstützen daher kommunale Bemühungen, die Senior*innenbeteiligung zu stärken. Was unsere Erfahrungen mit der „Politik des Gehörtwerdens“ in den vergangenen Jahren zeigen: Vor allem Beteiligungsformen, die konkret auf die Themen der jeweiligen Gesetzesvorhaben angepasst sind, stoßen auf eine breite und vielschichtige Resonanz. Wir wollen daher auch die informelle Partizipation stärken. Wir halten sie für ein besonders effektives Instrument, um Senior*innen aktiver einzubinden und dafür zu sorgen, dass die Seniorenbeiräte in Behörden und Politik besser wahrgenommen werden.

i **Armut und Einsamkeit gehen oft Hand in Hand**

Altersarmut ist leider keine Ausnahmerecheinung, sondern für viele Seniorinnen und Senioren bittere Realität geworden. Aufgrund des demographischen Wandels ist absehbar, dass sich diese Lebenslage zu einem wichtigen Thema entwickeln wird und in Armut lebende ältere Menschen aus dieser Situation nicht allein heraus kommen werden. Aus unserer Sicht beginnt die Altersarmut bereits bei der Erwerbsarmut.

? Welche präventiven und strategischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut plant Ihre Partei?

Der erste Armuts- und Reichtumsbericht des Landes zeigt: Die Einkommenslage älterer Menschen ist insgesamt eine besondere Herausforderung für die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Im Vordergrund steht für uns die Prävention. Es ist wichtig, die Entstehung von Altersarmut erst gar nicht zuzulassen.

Noch immer sind Frauen häufiger von Altersarmut betroffen als Männer. Der wichtigste Schutz gegen Altersarmut von Frauen ist eine dauerhafte Beschäftigung, die ein ausreichendes Einkommen und auch eine eigenständige Absicherung im Alter garantiert.

Das Land hat bereits zahlreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können. Dennoch muss hier noch mehr getan werden, damit Erziehungs- und Familienarbeit endlich gleichberechtigt verteilt werden können. Frauen leisten nämlich immer noch den Großteil der unbezahlten Sorge- und Pflegearbeit in Familie und Haushalt.

Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten. Berufe, in denen überproportional oft Frauen beschäftigt sind, sind weiterhin strukturell schlechter bezahlt als andere Branchen. Diese Berufe wollen wir aufwerten. Junge Frauen wollen wir auch für Berufe in der Technik, den Naturwissenschaften und der IT begeistern.

Neben den präventiven Maßnahmen gegen Altersarmut muss auch das System der Alterssicherung selbst angepasst werden. Im Bund setzen wir uns für eine Garantierente ein. Sie soll die Menschen besser absichern und die Schere bei den Alterseinkommen verringern. Wer langjährig in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, soll im Alter nicht auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sein. Beim grünen Garantierenten-Konzept werden nicht nur die Jahre, in denen in die Rentenkasse eingezahlt wurde, berücksichtigt. Sie umfasst auch Versicherungszeiten ohne Beitragszahlung: Zeiten der Kindererziehung oder Pflege, Schwangerschaft, Mutterschutz, Arbeitslosigkeit mit und ohne Beitragszahlung oder Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit.

? **Welche Maßnahmen wird Ihre Partei gegen die Ausgrenzung/Vereinsamung als Folge der Altersarmut ergreifen?**

Unser Ziel: Ältere Menschen sollen in der Mitte unserer Gesellschaft stehen und am sozialen Miteinander teilhaben können. Wir wollen generationenübergreifende lebendige Quartiere, in denen Senior*innen alle wichtigen Angebote finden: von der medizinischen Versorgung über barrierefreie Einkaufsmöglichkeiten bis zu kulturellen Veranstaltungen. Um solche Quartiersentwicklungen zu fördern, haben wir das Programm Quartier 2020 aufgelegt, das wir zum Quartier 2030 weiterentwickeln.

In dieser Legislatur haben wir in Baden-Württemberg erstmals die Stelle eines Demografiebeauftragten geschaffen. Er ist Ansprechpartner für Bürger*innen und Kommunen, für die Wirtschaft und die sozialen Akteure im Land. Der Demografiebeauftragte nimmt die Herausforderungen, die mit dem demographischen Wandel einhergehen, in den Blick und macht der Öffentlichkeit Lösungskonzepte zugänglich.

- i** Die Pflegeversicherung stößt in ihrer heutigen Struktur an ihre Grenzen. Das derzeitige System deckelt die Zahlungen der Pflegeversicherung. Alle Kostensteigerungen werden auf die Pflegebedürftigen umgelegt. Der Eigenanteil, den Pflegebedürftige und deren Angehörige, in der stationären Pflege zu tragen haben, steigt immer weiter. Der notwendige Zukauf von pflegerischen Leistungen in der ambulanten Versorgung Pflegebedürftiger stellt Familien vor große finanzielle Herausforderungen.

Neben der finanziellen Belastung müssen sich insbesondere Personen, die ihre pflegebedürftigen Angehörigen zu Hause versorgen, mit dem Thema der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf auseinandersetzen. Viele pflegende Angehörige können nicht mehr wie bislang berufstätig sein. Sie müssen ihre Arbeit reduzieren oder aufgeben, weil sie mit ihrer Pflegeleistung und -verantwortung nicht vereinbar ist. Damit verlieren sie ihre eigene soziale Absicherung.

Mittlerweile sind wieder viele pflegebedürftige Menschen auf staatliche Unterstützung angewiesen. Das Alterseinkommen kann den Eigenanteil oftmals und gerade in der stationären Versorgung nicht decken. Deshalb fragen wir Sie:

- ?** ***Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um Menschen mit Pflegebedarf in den jeweiligen Versorgungsstrukturen zu unterstützen? Wie muss sich dazu die Pflegeversicherung finanziell und strukturell weiterentwickeln, damit Altersarmut bei Menschen mit Pflegebedarf und bei pflegenden Angehörigen begrenzt werden kann?***

Wir Grüne verstehen Gesundheit und Pflege solidarisch und als Gesellschaftsaufgabe. Die grüne Bundestagsfraktion hat erst kürzlich das Konzept der doppelten Pflegegarantie vorgestellt: Zum einen soll die Finanzierung der Pflege durch die Einführung einer Pflegebürgerversicherung solidarischer gestaltet werden. Zum anderen soll durch einen Sockel-Spitze-Tausch das Risiko von Altersarmut minimiert werden.

Das heißt: Nicht die Kassenleistungen, sondern der Eigenanteil der Versicherten muss gedeckelt werden! Pflegebedürftige sind auf Sozialhilfe angewiesen, weil die Pflegeversicherung nur einen sogenannten Sockelbetrag der Pflegekosten zahlt. Die restlichen, notwendigen pflegebedingten Leistungen zahlt der Versicherte selbst. Beim Sockel-Spitze-Tausch bezahlen die Versicherten künftig einen festen Eigenanteil (Sockelbetrag). Die Pflegeversicherung übernimmt alle darüber hinausgehenden, notwendigen Pflegekosten.

Mit der Einführung einer Karenzzeit kann dieser Eigenanteil zeitlich fixiert und so in der Höhe zuverlässig berechnet werden. Ein bedeutender Vorteil dieses Vorschlags ist: Der Eigenanteil wird für die Versicherten kalkulierbar, so dass sie ihn entsprechend absichern können. Auf diese Weise wird das Risiko der Altersarmut minimiert.

Wir Grüne werden die dringend notwendige Reform der Pflegeversicherung weiterhin mit Nachdruck verfolgen. Denn qualitativ hochwertige Pflege muss für jeden Menschen erreichbar und bezahlbar sein.

? ***Wie wird Ihre Partei die häusliche und familiäre Pflegeleistung durch An- und Zugehörige anerkennen und damit einen Betrag zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit leisten?***

Wir wollen in der Gesellschaft ein stärkeres Bewusstsein dafür schaffen, welche Belastungen pflegende Angehörige schultern müssen und welche Unterstützung sie brauchen. Die Mehrzahl der Pflegebedürftigen wird heute in den eigenen vier Wänden betreut. Deshalb wollen wir die häusliche Pflege stärken und Beratungs- und Hilfsangebote für pflegende Familienangehörige ausbauen.

Viele Familien werden von ambulanten Pflegediensten unterstützt. Leider wird die Arbeit der mobilen Pfleger*innen schlechter bezahlt als die gleichwertige Arbeit im Krankenhaus. Deswegen machen wir uns für die gleiche Bezahlung stark.

Genauso wichtig: Wir wollen mit den Krankenkassen ein „Fair Care“-Gütesiegel für die häusliche Betreuung entwickeln, um faire Arbeitsbedingungen auszuzeichnen. So sichern wir auch Qualitätsstandards bei der Vermittlung von ausländischen Betreuungskräften und Haushaltshilfen und bieten Orientierung für Pflegebedürftige und deren Angehörige. Damit wollen wir pflegende Angehörige entlasten und stärken, die sich in der anstrengenden häuslichen Pflege allzu oft aufreiben. Auch der flächendeckende Ausbau von Assistenzdiensten für Menschen mit Behinderung gehört dazu.

Um pflegende Angehörige zu unterstützen, fördern wir zudem kommunale Pflegekonferenzen: Hier sitzen Pflegende und Pflegebedürftige, Pflegekassen und Kommunen an einem Tisch. Gemeinsam beraten sie, welche Pflegeinfrastruktur und Angebote vor Ort gebraucht werden. Die Pflegekassen werden verpflichtet, die Empfehlungen der kommunalen Pflegekonferenzen zu berücksichtigen, wenn sie Rahmenverträge, Versorgungsverträge sowie Vergütungsvereinbarungen abschließen.

Menschen, die erkrankte Angehörige pflegen, gehen noch immer ein finanzielles Risiko und wirtschaftliche Abhängigkeiten ein. Tatsächlich aber hat ihr Engagement eine hohe gesellschaftliche Relevanz. Wir Grüne werden uns im Bund dafür einsetzen, dass pflegende Angehörige eine starke und faire soziale Absicherung bekommen, die der gesellschaftlichen Bedeutung ihrer Tätigkeit entspricht.

Daneben wollen wir alle Möglichkeiten des Landes nutzen, um auf Bundesebene Initiativen zur Entlastung von pflegenden Angehörigen anzustoßen. Ganz aktuell wirbt das Land Baden-Württemberg im Rahmen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz für die Idee einer dreimonatigen Pflege-Zeit Plus. Wer sich um einen alten oder sterbenden Menschen kümmert, soll die eigene Arbeitszeit reduzieren oder vorübergehend aus dem Beruf aussteigen können und dafür eine Lohnersatzleistung erhalten. Dies ist vor allem in besonders prekären Situationen in der häuslichen Pflege eine Entlastung für pflegende Angehörige.

i Wohnraum – bedarfsgerecht, barrierefrei und bezahlbar

Wohnen ist eines der Grundbedürfnisse des Menschen. Die Wohnung ist der Rückzugsort, der Lebensquell. Die Wohnsituation bestimmt zu einem großen Teil die Lebensqualität. Mit zunehmendem Alter jedoch und bei auftretenden körperlichen und gesundheitlichen Einschränkungen werden besondere Anforderungen an die Wohnung und die Wohnsituation gestellt.

Hinzu kommt in allen Altersgruppen der Bevölkerung die Thematik der Bezahlbarkeit des Wohnraums. Barrierefreie Neubauwohnungen sind für viele Seniorinnen und Senioren langfristig nicht erschwinglich. Die Anforderung an bedarfsgerecht angepassten/barrierefreien Wohnraum ist nicht nur durch Neubauten zu decken, sondern auch durch den Umbau von Bestandsbauten zu fördern.

? Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um die Förderung von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum zu unterstützen?

Für uns Grüne ist es wichtig, die Grundlagen für einen inklusiven Sozialraum zu legen. Dazu gehört es, Barrierefreiheit zu fördern und ausreichend barrierefreie Wohnungen sicherzustellen.

In dieser Legislatur hat die grün-geführte Landesregierung ein Wohnraumförderprogramm mit einer jährlichen Rekordsumme von 250 Millionen Euro gestartet. Ziel ist es, in den Kommunen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Besonders wichtig ist uns Grünen, den Bau von Mietwohnraum als Stützpfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu fördern. Jährlich stellt das Programm dazu 180 Millionen Euro bereit. Wir wollen, dass alle Teile der Gesellschaft Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben – Alte und Junge, Menschen mit und ohne Handicap, Zugezogene und Alteingesessene.

Dafür unterstützt das Land auch die Kommunen ganz gezielt. Wenn Kommunen selbst geförderte Wohnungen bauen lassen, erhalten sie erhöhte Zuschüsse. Damit stellen wir sicher, dass auch in Kommunen ohne eigene Wohnbaugesellschaft geförderte und bezahlbare Wohnungen entstehen. In dieser Legislatur hat die grün-geführte Landesregierung das Kompetenzzentrum Wohnen BW gegründet. Mit diesem Kompetenzzentrum unterstützt und berät die Landesregierung Kommunen, die bezahlbaren und an sozialen Kriterien ausgerichteten Wohnraum schaffen oder zugänglich machen wollen. Mit dem bundesweit einmaligen Grundstückfonds unterstützt das Land zudem vor allem finanzschwächere Kommunen dabei, Grundstücken zu kaufen. Auf diese Weise können die Kommunen ihre Bodenpolitik vorausschauend ausrichten und mehr bezahlbaren Wohnraum fördern.

Uns Grünen liegt das Thema Barrierefreiheit sehr am Herzen. Kommunen, die in Sachen Barrierefreiheit mehr als das verpflichtende Maß erreichen wollen, können dafür zusätzliche Fördermittel beantragen. Dafür haben wir gesorgt. Vor allem in Hinblick auf unsere älter werdende Gesellschaft sind bezahlbare und barrierefreie Wohnungen gefragt. Dafür haben wir Grüne – trotz politischer Widerstände – in dieser Legislatur die Regeln der Landesbauordnung (LBO) verteidigt. Damit haben wir Änderungen in der LBO abgewendet, die die Verpflichtungen zum Bau von barrierefreien Wohnungen aufgeweicht hätten. Dies hatten Fraktionen anderer politischer Parteien wegen angeblich nicht tragbarer Baukosten für Barrierefreiheit gefordert.

In den vergangenen Haushaltsberatungen konnten wir Grüne erreichen, dass in Baden-Württemberg ein Kompetenzzentrum Barrierefreiheit gegründet wird. Es berät unter anderem in baurechtlichen und technischen Fragen. Damit trägt es zu einem inklusiven Lebensumfeld für alle Menschen bei, das niemanden ausschließt und von allen Bürger*innen gleichermaßen genutzt werden kann.

? ***Welche Anreize schlägt Ihre Partei vor, um den Bestandsimmobilienmarkt entsprechend der Bedürfnisse älterer und eingeschränkter Menschen so anzupassen, dass sie möglichst lange und mit der größtmöglichen Selbständigkeit zu Hause wohnen bleiben können?***

Barrierefreiheit erleichtert das Wohnen im Alter und ermöglicht älteren und körperlich eingeschränkten Menschen ein Leben in größtmöglicher Selbständigkeit. Dazu gehört auch, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben können. Allerdings ist noch viel zu tun, um Wohnungen und das gesamte Wohnumfeld altersgerecht und barrierefrei anzupassen. Die Herausforderung ist groß, das Angebot knapp.

Den Abbau von Barrieren wollen wir durch Aufklärung, Beratung und Vernetzung sowie durch finanzielle Förderangebote voranbringen. Wir wollen das Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit ausweiten und für das Thema „Wohnen im Alter“ und für private Anfragen öffnen. Zusätzlich zu den Programmen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wollen wir eine Förderlinie des Landes für barrierefreies Bauen auf den Weg bringen.

? ***Welche Anreize plant Ihre Partei für die Ausweitung alternativer Wohnformen zur Ergänzung des Wohnens zu Hause, des Wohnens mit Service und der Pflegeheime?***

Unsere Gesellschaft verändert sich und mit ihr die Wohnbedürfnisse. Es gilt, die Gebäude und ihre Nutzung an die gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen. Der Bedarf an alternativen Wohnformen wie zum Beispiel Mehrgenerationenhäusern oder barrierefreiem Wohnraum steigt. Statt neu zu bauen, werden Umbau und Modernisierung wichtiger. Wir wollen deshalb die vorhandene Förderung intensivieren, um bestehenden Wohnraum besser und effektiver zu nutzen.

Wo immer Menschen mehrerer Generationen zusammenleben wollen, sollten wir sie unterstützen. Dies fördert nicht nur den Zusammenhalt, sondern wirkt auch vielen Problemen der modernen Gesellschaft entgegen – von Vereinsamung bis fehlender Kinderbetreuung. Um beispielsweise das Mehrgenerationenwohnen zu fördern, wollen wir das Informations- und Beratungszentrum Mehrgenerationenhäuser (IBZ) fest etablieren.

Auch das Bauen in Baugemeinschaften wollen wir stärken und gemeinschaftliches Wohnen fördern. Gleiches gilt für die Schaffung von Gemeinschaftsflächen und „halböffentlichen“ Räumen, die Privatpersonen bei Bedarf anmieten können.

? ***Wie plant Ihre Partei die weitere Ausgestaltung der dafür notwendigen Beratungsstruktur und deren Finanzierung?***

Wir haben ein starkes Landeswohnraumförderprogramm auf den Weg gebracht und es mit 250 Millionen Euro jährlich ausgestattet. Wir haben die Bedingungen nicht nur bei unserem Schwerpunkt, dem Mietwohnungsbau, verbessert, sondern auch beim Wohneigentum. Mehr als eine Milliarde Euro wird die Landesregierung bis 2021 in die Förderung von bezahlbarem Wohnraum investiert haben. Wir haben die Kommunen gestärkt, damit sie ihr Ziel erreichen und mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen können.

① **Maßnahmen für Gesundheit, Pflege und Prävention**

Gesundheit, Pflege und Prävention sind Bausteine für den Erhalt der Selbständigkeit und Lebensqualität im Alter. Präventive, mobile, ambulante und stationäre Angebote sollten bedarfsgerecht und in einer guten Qualität, einschließlich der sozialen Zuwendung und Betreuung, genutzt werden können.

? ***Wie wird Ihre Partei konkret auf Landesebene aktiv, damit ältere Menschen in ihrem gewohnten Lebensumfeld in Würde und Selbstbestimmung ihr Leben gestalten können?***

Wir Grüne haben in Baden-Württemberg neue Maßstäbe gesetzt, um ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter zu ermöglichen. Und zwar mit dem Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz, mit dem Landespflegestrukturgesetz und mit der Landesstrategie Quartier 2020. Wir fördern damit die Vielfalt von Wohnformen und ambulanten Angeboten.

Damit schaffen wir erstmals in Baden-Württemberg die rechtliche Grundlage für eine nie dagewesene Pluralität: Wir stärken unterschiedlichste, bedarfsgerechte Pflegeangebote vor Ort in den Kommunen. Damit wollen wir sicherstellen, dass ältere Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben können. Unser Ziel ist es, so die soziale Teilhabe im gewohnten sozialen Umfeld zu bewahren und gleichzeitig pflegende Angehörige zu entlasten.

Wir Grüne wollen weiter stark in die vielfältige und bedarfsgerechte Infrastruktur investieren. Den eingeschlagenen Weg, Unterstützungsstrukturen aufzubauen (z.B. durch das Aktionsbündnis Kurzzeitpflege), wollen wir weitergehen. Ambulant betreute Wohngemeinschaften für Menschen mit Unterstützungsbedarf hat die grün-geführte Landesregierung bereits massiv gefördert.

- ❶ Die ambulante und stationäre Pflege sind unverzichtbare Bestandteile der Pflegeversorgung in der letzten Lebensphase. Für viele ältere Menschen und deren Angehörigen sind die Leistungen häufig aber nicht allein finanzierbar. Verschärft wird die Situation durch den Pflegekräftemangel.

❷ ***Welche Ideen bringt Ihre Partei ein, um die Pflegeberatung vor Ort besser zu vernetzen und zu den Menschen zu bringen?***

In allen Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg sind Pflegestützpunkte eingerichtet. Rat- und Hilfesuchende erhalten hier wohnortnah eine kostenlose, umfassende und unabhängige Auskunft und Beratung zu allen Fragen der Pflege oder der Pflegebedürftigkeit. Die Pflegestützpunkte beraten neutral. Ziel ist es, den Rat- und Hilfesuchenden die Unterstützung zu geben, die sie oder ihr soziales Umfeld benötigen: Das umfasst die präventive Beratung genauso wie die Organisation und das Management von gewünschten Versorgungsarrangements. In der Beratung kann es beispielsweise auch um Angebote der geriatrischen Rehabilitation gehen, um älteren Menschen trotz Krankheit oder Operation ein möglichst selbstständiges Leben im eigenen Zuhause zu ermöglichen.

Die Kommunen stärken und vernetzen zudem die Pflegeberatung vor Ort, indem sie kommunale Pflegekonferenzen als Motor der sozialräumlichen Gestaltung einrichten.

Darüber hinaus wollen wir ein digitales Pflegeplatzregister bzw. eine Vermittlungsplattform für Angebote der Pflege errichten. Wo gibt es in der Nähe stationäre oder ambulante Notbetreuungsangebote wie Kurzzeit- und Tagespflegeeinrichtungen? Und gibt es dort freie Plätze? Auf solche Fragen sollen pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörige auf einer solchen Plattform schnell, niederschwellig und komfortabel Antworten finden. Damit fördert eine solche Plattform die Vermittlung bedarfsgerechter Angebote. Eine entsprechende Idee hat das grün-geführte Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg bereits in den Sitzungen der AG Digitalisierung in der Pflege sowie des Aktionsbündnisses Kurzzeitpflege eingebracht.

? **Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Kranken- und Pflegeversicherung solidarisch und nachhaltig zu gestalten?**

Wir Grüne setzen uns auf Bundesebene für das Prinzip der Bürgerversicherung ein – für Gesundheit, Pflege und Rente. Wir können für eine gerechte, solidarische und stabile Finanzierung unserer Sozialversicherungen sorgen, indem wir sie zu Bürgerversicherungen weiterentwickeln. Künftig sollen alle Bevölkerungsgruppen in Abhängigkeit ihres Einkommens und unter Einbeziehung aller Einkommensarten in die Finanzierung einbezogen werden. Das schafft mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität und mehr Stabilität.

? **Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den Rahmen für den Ausbau der Versorgung im Bereich der Palliativmedizin und Palliativpflege sowie zur Förderung der Hospizkultur so zu ändern, dass die Unterschiede aufgehoben werden?**

Der grün-geführte, fraktionsübergreifende Arbeitskreis „Hospiz- und Palliativversorgung“ hat sich bereits in dieser Legislaturperiode mit der Umsetzung und dem Ausbau der Hospiz- und Palliativkonzeption Baden-Württemberg beschäftigt. Hier haben wir schon viel erreicht – zum Beispiel die Stärkung des Ehrenamts. Gemeinsam mit Vertreter*innen des Hospiz- und Palliativ-Verbandes und des Landespalliativrats werden wir diese Arbeit in der kommenden Legislatur fortsetzen. Denn die Änderung der Hospizkultur ist ein längerfristiger Prozess.

- ❗ Die Aufrechterhaltung und der Ausbau einer wohnortnahen medizinischen Versorgung im ländlichen Raum und in den Wohnquartieren vieler Städte gehört zu den großen und drängenden Erfordernissen einer zukunftsweisenden Gesundheitspolitik in Baden-Württemberg.

? **Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei zur Realisierung von nachhaltigen Versorgungskompetenzen in diesem Bereich vor?**

Zu den Schwerpunkten grüner Sozialpolitik gehört es, eine gute Gesundheitsversorgung sicherzustellen und eine bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur aufzubauen. Genauso wichtig ist es für uns, den barrierefreien öffentlichen Raum zu stärken und möglichst vielen Menschen gesellschaftliche, soziale und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen.

Wir wollen eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg etablieren. Konkret heißt das: Wir wollen eine sektorenübergreifende Versorgung aufbauen, die der stetig anwachsenden Anzahl von pflegebedürftigen und chronisch kranken Menschen gerecht wird. Hier nimmt Baden-Württemberg bereits jetzt eine Vorreiterrolle ein.

Wir stehen für die Etablierung von Primärversorgungszentren. Unter einem Dach kümmern sich dort verschiedene Gesundheitsberufe übergreifend um die Patient*innen und garantieren so eine Versorgung aus einer Hand. Wir werden auch das Konzept von Multifunktionshäusern im ländlichen Raum fördern. Ziel ist es, leerstehende Gebäude in Kommunen für die medizinische Versorgung, persönliche Dienstleistungen und die Nahversorgung bereitzustellen. Erst zur Hausärztin, dann zum Frisör und in den Supermarkt – für alles braucht man dann nur noch einen Weg.

Darüber hinaus gilt es, den präventiven Charakter noch stärker in die Gesundheits- und Pflegeversorgung für ältere Menschen zu integrieren. Mit dem Projekt „PräsenZ – Präsenz für Senioren Zuhause“ haben wir in den vergangenen Jahren wichtige Impulse setzen können. Dieser Weg muss nun flächendeckend ausgebaut werden. Wir Grüne wollen zudem die geriatrische Kompetenz in der medizinischen Versorgung in Baden-Württemberg stärken. Die grüne Landtagsfraktion plant in der kommenden Legislatur eine Anhörung und einen Runden Tisch, um sich intensiv mit dieser Thematik auseinanderzusetzen.

? ***Wie kann sich Ihre Partei ein Zusammenspiel zwischen analogen Arztbesuchen und den digitalen Angeboten vorstellen? Wie will Ihre Partei die Teilhabe der Menschen erreichen, die aufgrund besonderer Umstände Probleme haben, mit technischen Medien umzugehen?***

Im Jahr 2019 ist das Kompetenzzentrum für Digitalisierung in Medizin und Pflege gegründet worden, das beim Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg angesiedelt ist. Unter dem Motto „Gesundheit wird digital“ sollen alle Akteur*innen – insbesondere Bürger*innen – umfassend über die Chancen und Herausforderungen informiert werden.

In der digitalen Welt den Anschluss zu behalten, ist dabei ein zentraler Aspekt, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Vorwiegend ältere Menschen fühlen sich jedoch unsicher oder gar abgehängt, insbesondere beim Umgang mit den neuen digitalen Entwicklungen in Medizin und Pflege. Deshalb ist es wichtig, ältere Bürger*innen zu unterstützen und ihnen die Teilhabe an digitalen Anwendungen im Gesundheitswesen zu ermöglichen. Genau das ist das Ziel des Verbundprojekts gesundaltern@bw, für das sich verschiedene Partner*innen aus dem Netzwerk „Senioren im Internet“ zusammengeschlossen haben. Sie bringen sowohl ihre Expertise als auch ihre bestehenden Strukturen innerhalb Baden-Württembergs ein. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung modellhafter Angebote in den drei Projektbereichen Information, Qualifizierung und Bürgerbeteiligung.

i Die Wertschätzung der Pflegeberufe in der öffentlichen Wahrnehmung muss gravierend verbessert werden. Dazu gehören aus unserer Sicht im Wesentlichen eine Anhebung des Pflegeschlüssels, eine deutliche Verbesserung der Vergütung für Pflegeberufe und eine Verbesserung der Arbeitsstrukturen.

? ***Was wird Ihre Partei unternehmen, damit die Situation in der Pflege positiv verändert wird, das Berufsbild eine Aufwertung erhält und junge Menschen begeistert?***

Der Pflegeberuf wird gesellschaftlich schon jetzt hoch geachtet. Wichtig ist aber, dass es nicht nur beim derzeitigen Applaus bleibt. Wir brauchen eine strukturelle Stärkung der Pflege im Gesundheitswesen. So würde etwa ein Stimmrecht im Gemeinsamen Bundesausschuss der Pflege Einflussmöglichkeiten verschaffen, die ihrer medizinischen und gesellschaftlichen Relevanz gerecht wird. Solche Bestrebungen unterstützen wir Grüne.

Auch Schulgeldfreiheit, eine Ausbildungsvergütung, eine angemessene Vergütung und die Akademisierung würden die Gesundheitsberufe aufwerten und die Versorgungsstrukturen auf ein solides Fundament stellen.

Als Land werden wir die neue generalistische Ausbildung zur Pflegefachfrau bzw. zum Pflegefachmann unterstützen und mehr Studienplätze an Universitäten und Hochschulen für Pflege und Pflegewissenschaften einrichten. Mit der Akademisierung wollen wir eine gerechte Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten sicherstellen. Die aufgewertete Ausbildung soll dazu führen, dass Pflegenden mehr Verantwortung und Mitsprache bekommen. Sie können Pflegekonzepte selbst erstellen und eigenverantwortlich umsetzen. Zudem soll es leichter werden, eine Ausbildung im Pflegebereich in Teilzeit zu absolvieren. Auch das Recht auf Weiterbildung wollen wir stärken und gleichwertige ausländische Fachabschlüsse schneller anerkennen. So können wir dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

i **Mobilität und Klimaschutz – beides drängt**

Mobilität ist ein unverzichtbarer Teil des täglichen Lebens und großer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Insbesondere im ländlichen Raum ist es notwendig attraktive und umfassende Mobilitätslösungen zu finden. Nur so lässt sich der Lebensstandort ländliche Region im demografischen Wandel erhalten.

Der Verkehr ist aber auch einer der größten Verursacher von Treibhausgasen. Um die notwendigen Klimaziele zu erfüllen, müssen neue, vernetzte und passgenaue Lösungen entwickelt werden.

? Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Mobilität im Sinne des Klimaschutzes zu erhalten und attraktiv zu gestalten?

Wir Grüne stehen für konsequenten Klimaschutz und haben uns den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens verpflichtet. Mit dem neuen Klimaschutzgesetz im Land haben wir einen wichtigen Schritt getan. Etwa ein Drittel der klimaschädlichen Emissionen verursacht der Verkehr. Deshalb haben wir uns vorgenommen, den öffentlichen Verkehr bis 2030 zu verdoppeln, jedes zweite Auto klimaneutral anzutreiben und jede dritte Tonne im Güterverkehr klimaneutral zu transportieren. Den Kfz-Verkehr in den Städten wollen wir in den nächsten zehn Jahren um ein Drittel senken. Vor allem aber: Jeder zweite Weg soll selbstaktiv zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden.

Uns Grünen ist der Ausbau des ÖPNV besonders wichtig. Das ist nicht nur für den Klimaschutz sinnvoll, sondern beispielsweise auch für die Mobilität von Senior*innen. So hat das grün-geführte Verkehrsministerium kräftig investiert, um Bürgerbusse und Gemeinschaftsverkehre (z.B. in Form von Bürgerfahrdiensten für Senior*innen) zu fördern und den Schienenverkehr auszubauen.

Öffentlicher Verkehr ist – insbesondere auch für ältere Menschen – ein unverzichtbares Element der Daseinsvorsorge und Teilhabe.

Mit dem bw-Tarif haben wir die Bahn-Ticketpreise im Nahverkehr über die Verkehrsverbünde hinweg im Schnitt um mehr als 20 Prozent gesenkt. Der ÖPNV-Anschluss ist hier an Start und Ziel inklusive. Darüber hinaus bieten viele Verkehrsverbünde günstige Zeitkarten für ältere Menschen.

i Mobil sein bedeutet nicht nur auf Verkehrsmittel und eine gute Anbindung zurückzugreifen. Mobil sein bedeutet auch, sich ohne Barrieren im öffentlichen Bereich bewegen zu können.

? *Wie wird Ihre Partei den öffentlichen Bereich und die Nahversorgung für Fußgänger gestalten, damit die sich gut zurechtfinden und eine Nahversorgung vielen zugänglich ist?*

Wir Grüne stehen für Gemeinden und Städte der kurzen Wege – mit einer gesunden Mischung von Wohnen, Einkaufen, Arbeiten und Freizeit. Baden-Württemberg hat viele attraktive Städte und Gemeinden. Aber manch ein Ort oder Quartier könnte noch lebendiger werden. Bis 2030 wollen wir 1500 zusätzliche lebendige und verkehrsberuhigte Orts- und Quartiersmitten schaffen. Dazu zählen autofreie Zonen, Shared Spaces oder Begegnungszonen nach dem Schweizer Vorbild. Sie steigern die Aufenthalts- und Lebensqualität in den Dörfern und Städten, werten den öffentlichen Raum auf und machen die Straße zum Lebensraum für alle.

Ein Dreh- und Angelpunkt ist dabei auch unsere Strategie Quartier 2020, die wir als Quartier 2030 fortführen wollen. Damit wollen wir die Chance eröffnen, das Zusammenleben der Generationen und das Leben im Alter neu zu organisieren. Die Kommune ist dabei als „Motor im Sozialraum“ federführend.

? *Wie steht Ihre Partei zu dem Thema Barrierefreiheit im öffentlichen Raum?*

Wir Grüne stehen für Barrierefreiheit, weil nur eine Gesellschaft ohne Zugangshürden Teilhabe für alle garantiert. Das gilt sowohl beim privaten Wohnen als auch am Arbeitsplatz, im öffentlichen Verkehr und im öffentlichen Raum. Barrierefreiheit erleichtert das Wohnen im Alter. Daher wollen wir das Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit ausweiten und für das Thema „Wohnen im Alter“ und für private Anfragen öffnen.

Uns Grünen ist es wichtig, die Handlungsempfehlungen des Fachkongresses zum Thema „Mobilität älterer Menschen („Mobil – Aktiv – Beteiligt. Initiativen für ein selbstbestimmtes langes Leben“) umzusetzen – besonders in ländlichen Regionen, wo ein barrierefreier und niederschwelliger Zugang zu Mobilität für ältere Menschen bisher nicht immer gegeben ist. Ein barrierefreier Zugang ist aber Voraussetzung für soziale und kulturelle Teilhabe.

i Teilhabe - im Zeitalter der Digitalisierung

Auch Seniorinnen und Senioren sind im digitalen Zeitalter angekommen und müssen sich in dieser schnelllebigen Welt zurechtfinden. Immer mehr von uns möchten sich dem Thema öffnen. Dennoch bleiben viele von dieser Entwicklung abgeschnitten.

? *Wie will Ihre Partei Seniorinnen und Senioren bei dieser Entwicklung mitnehmen?*

Was können wir gemeinsam dafür tun?

Wir nehmen wahr, dass auch ältere Jahrgänge zunehmend heimisch in der digitalen Welt sind. Dennoch darf niemand allein gelassen werden. Derzeit sind viele Serviceleistungen in verschiedensten Bereichen aufgrund der Pandemie-Schutzmaßnahmen ausschließlich digital erreichbar. Nicht alle aber können sie nutzen. Da sehen wir Nachbesserungsbedarf. Es gilt, leicht nutzbare Hard- und Software zu entwickeln und die Hemmschwelle für ältere Menschen ohne Computer-Kenntnisse zu senken. Entsprechende Produkte sollten den Fähigkeiten und Bedürfnissen von älteren Menschen angepasst sein. Das gehört zum Verbraucherschutz dazu – den wir deswegen auch im Netz ausgebaut haben.

Auf Anregung der Landesanstalt für Kommunikation gibt es bereits seit 2015 das „Netzwerk Senioren im Internet“. Es hat zum Ziel, Aktivitäten zu bündeln, die die Medienkompetenz älterer Menschen stärken. Neben Hilfe findet man auf der Internetseite des Netzwerks eine Fülle aktueller Schulungs- und Kursmaterialien.

Ein besonders lohnenswerter Ansatz sind Angebote, die das Wissen und Können von Jungen und Alten zum gegenseitigen Nutzen zusammenführen. Einen solchen Ansatz verfolgen wir auch in unserer übergreifenden Strategie „Quartier 2030“.

Für die kommende Legislaturperiode haben wir uns in diesem Handlungsfeld viel vorgenommen. Wir wollen die Barrierefreiheit digitaler Angebote erweitern und dazu auch die Forschung und Entwicklung stärken. Wir wollen die Medienbildung ausbauen – für Kinder und Jugendliche genauso wie für Erwachsene. Und wir wollen den Verbraucherschutz weiter stärken.